Inhaltsverzeichnis

Kaj	pitel 1	
§ 10	063, Vereinbarung eines ETV und der »einseitig erklärte ETV«	1
A.	Einleitung	1
В.	Die Vorleistungspflicht des Verkäufers beim Kreditkauf	1
I.	Die gesetzliche Regel des § 1063	1
II.	Interessen und Rechtspositionen der beteiligten Parteien	2
III.	Die Berücksichtigung des Verkehrsinteresses durch	
	den Gesetzgeber	3
IV.	Ausblick	4
C.	Begriff und Konsequenzen der ETV-Vereinbarung	5
I.	Der Begriff der ETV-Vereinbarung	5
II.	Schuldrechtliche Folgen einer ETV-Vereinbarung	6
III.	Sachenrechtliche Folgen der ETV-Vereinbarung	8
D.	Die Fragestellung beim einseitig erklärten ETV	9
I.	Problemaufriss	9
II.	Die Interessen der Vertragsparteien	10
1.	Das Sicherungsinteresse des Verkäufers	10
	1.1 Die Abwehr fremder Exekutionsführung	11
	1.2 Das Befriedigungsvorrecht bei Zahlungsverzug	11
	1.3 Die Anwendbarkeit des § 21 KO	
	als Konkursabsicherung	12
	1.3.1 Die Folgen einer sachenrechtlich wirksamen	
	Vorbehaltserklärung	12
	1.3.2 Folgen einer sachenrechtlich unwirksamen	
	Vorbehaltserklärung	14
2.	Das Interesse des Käufers am Erhalt unbedingten	
	Eigentums	14

	2.1 Die Folgen der wirksamen Vorbehaltserklärung für den Käufer	4.4
	2.2 Der faktische Erhalt der Ware als Vorteil für den Käufer?	14
3.	Fazit – Die Notwendigkeit einer sprachlichen	15
٥٠	Unterscheidung	16
E.	Methodische Vorgangsweise und Fallbeispiele	17
Kaı	pitel 2	
	V-Vereinbarung bei Vertragsabschluss	19
		,
A.	Einleitung	19
В.	Geltung kraft Verkehrssitte	19
-	ACD VI A III C PURE VIII I	
C.	AGB-Kontrolle einer ETV-Klausel	21
I.	Einbeziehungskontrolle	21
II.	Geltungskontrolle	22
	Inhaltskontrolle	22
D.	Die Kollision von AGB bei der ETV-Vereinbarung	24
I.	Grundlegendes zur Kollision von AGB	24
1.	Problemstellung	24
2.	Die besondere Brisanz für die Vorbehaltsvereinbarung	25
3.	Die Fälle der »Kollision« von AGB bei einer	
	ETV-Vereinbarung	26
II.	Die bisherige Rsp in Österreich	28
	Der Meinungsstand in der Lehre	29
	Lösung des Ausgangsfalls 1	30
Ε.	Vereinbarung eines ETV mittels Auftragsbestätigung	30
I.	Die Funktion der Auftragsbestätigung	30
II.	Modifizierte Auftragsbestätigung hinsichtlich des ETV	31

1.3.2 Der Wortlaut des § 425.....

1.3.3 Die historische Interpretation.....

48

48

	1.3.4 Die Verteidigung Spielbüchlers gegen
	besitzrechtliche Argumente
2.	Bisherige Kritik an Spielbüchlers Lehre
	2.1 Der dingliche Vertrag beim Streckengeschäft
	2.2 Kritik an der Konstruktion der Übergabe als Realakt
3.	Eigene Auffassung
	3.1 Das sachgerechte Ergebnis bei der Vorbehaltserklärung
	3.2 Die bisher gegen Spielbüchler vorgebrachten Einwände
	3.3 Die problematischen Folgen der These Spielbüchlers
	3.3.1 Der Konflikt von Schuld- und Sachenrecht I:
	Die Gefahrtragung
	3.3.2 Der Konflikt von Schuld- und Sachenrecht II:
	Der Annahmevorbehalt
4.	Zusammenfassung
II.	Der Ausbau der Lehre Spielbüchlers durch F. Bydlinski
1.	Die Auffassung F. Bydlinskis
	1.1 Ein beidseitig unbewusster Vertragsabschluss
	bei Übergabe?
	1.2 Die rechtsgeschäftliche Verfügung als Teil des
	Schuldvertrags
	1.3 Die Verknüpfung von sachenrechtlicher Einigung
	und Verpflichtung
	1.4 Die Folgen für die Vorbehaltserklärung
2.	Stellungnahme
	2.1 Zur Wirksamkeit der Vorbehaltserklärung
	2.2 Das Verhältnis zur These Spielbüchlers
	2.3 Der Einwand des Spezialitätsgrundsatzes
	2.4 Die Übergabe als Realakt?
3.	Zusammenfassung
D.	Die unterschiedlichen Auffassungen in der Judikatur
	-
I.	Einleitung
II.	Die Rsp in der BRD
1.	Anforderungen an eine sachenrechtlich wirksame
	Vorbehaltserklärung
2.	Ein Sonderfall? Die Rechtslage beim AGB-Konflikt
3.	Zusammenfassung

	Inhaltsverzeichnis	XIII
III.	Die Entwicklung der österreichischen Rsp	68
1.	Einleitung	68
2.	Die ältere Rsp	68
	2.1 OGH 21.10.1959, 5 Ob 505/59 - »Laderaupe«	68
	2.2 OGH 09.09.1970, 5 Ob 135/70	69
3.	Die jüngere Rsp – Eine Judikaturwende	70
	3.1 Einleitung	70
	3.2 OGH 11.11.1986, 5 Ob 324/86 - »Landwirtschaftliche Maschinen«	70
	3.3 OGH 11.02. 1997, 5 Ob 18/97a - »Planenmaterial«	71
	3.4 OGH 20.04. 2003, 6 Ob 306/02x – »AGB-Konflikt«	73
4.	Würdigung der bisherigen Rsp	69
IV.	Motive für die Unterschiede in der Rsp von OGH und BGH	74
1.	Die unterschiedliche Judikatur von OGH und BGH	75
2.	Exkurs: Die Eigentumsübertragung im BGB	75
	2.1 Die gesetzliche Ausgangslage	75
	2.2 Das Abstraktionsprinzip – Besonderheit des BGB	76
	2.3 Die praktischen Konsequenzen	77
3.	Schlussfolgerung	78
Die	oitel 4 Unterscheidung zwischen vertragskonformer und tragswidriger Vorbehaltserklärung	81
A.	Einleitung	81
В.	Die rechtliche Qualifikation der Vorbehaltserklärung	81
I.	Die Ausgangslage	81
II.	Die Deutlichkeit der Vorbehaltserklärung	82
III.	Der Zugang der Vorbehaltserklärung	83
C.	Interessensabwägung beim »einseitig erklärten ETV«	83
I.	Der Interessenkonflikt zwischen Käufer und Verkäufer	83
II.	Ansatz einer möglichen Interessenabwägung	84
1.	Vorüberlegungen	84

XIV	Inhaltsverz	oich	nic
ΛIV	innaitsverz	eicn	nus

	THE 1 THE C 1 A	0
2.	Fälle mit Vorrang der Käuferinteressen	85
3.	Fälle mit Vorrang der Verkäuferinteressen	85
D.	These: Unterschiedliche Rechtsfolgen der vertragswidrigen	
	und vertragskonformen Vorbehaltserklärung	86
I.	Vertragsverletzung durch eine vertragswidrige	
	Vorbehaltserklärung	86
II.	Unterschiedliche Rechtsfolgen bei vertragskonformer	
	und vertragswidriger Vorbehaltserklärung	87
III.	Mögliche Folgen für das dingliche Rechtsgeschäft	87
Ε.	Der Thesenbeweis	88
I.	Vorgangsweise	88
II.	Die gewährleistungsrechtliche Haftung des Verkäufers	88
1.	Die vertragswidrige Vorbehaltserklärung	88
	1.1 Die Anwendbarkeit des Gewährleistungsrechts	88
	1.2 Vertragsauflösung durch Wandlung?	90
	1.2.1 Die Wertungen des alten Gewährleistungsrechts	91
	1.2.2 Die richtlinienkonforme Interpretation	91
	1.2.3 Die Abwägung der beteiligten Interessen	92
	1.3 Ergebnis	92
	1.4 Exkurs: Die Haftung des Verkäufers wegen des	
	Mangelschadens	92
2.	Die vertragskonforme Vorbehaltserklärung	93
III.	Die sachenrechtlichen Folgen der Vorbehaltserklärung	94
1.	Die Ausgangslage	94
2.	Das Verhältnis von Vorbehaltserklärung und	
	Verfügungsermächtigung	94
	2.1 Die Ansicht Bollenbergers	94
	2.2 Die fehlende Verfügungsermächtigung bei	
	Vorbehaltserklärung	95
3.	Die Konsequenzen für den Käufer	96
	3.1 Die vertragswidrige Vorbehaltserklärung	96
	3.2 Die vertragskonforme Vorbehaltserklärung	96

IV.	Die Weiterveräußerung der Vorbehaltssache	97
1.	Problemstellung	97
2.	Haftung des Käufers gegenüber dem Verkäufer?	97
	2.1 Die vertragswidrige Vorbehaltserklärung	97
	2.2 Die vertragskonforme Vorbehaltserklärung	98
3.	Die Haftung des Käufers gegenüber dem Zweiterwerber	99
	3.1 Ausgangslage	99
	3.2 Gutgläubiger Eigentumserwerbs des Zweiterwerbers?	100
	3.3 Die Folgen des gescheiterten Eigentumserwerbs	
	für den Käufer	101
	3.4 Zwischenergebnis	103
	3.5 Der faktische Erhalt der Kaufsache als Vorteil?	104
4.	Zusammenfassung	105
V.	Prozessökonomische Überlegungen	105
1.	Die vertragswidrige Vorbehaltserklärung	105
	1.1 Die verfahrensrechtlichen Folgen	105
	1.2 Die Interessen der Beteiligten	107
2.	Die vertragskonforme Vorbehaltserklärung	107
VI.	Die Vorbehaltserklärung aus sicherungsrechtlicher Sicht	108
1.	Die Vorbehaltserklärung als Sicherungsinstrument?	108
2.	Die vertragswidrige Vorbehaltserklärung	109
	2.1 Die Einflussmöglichkeiten des Käufers	109
	2.2 Die Einflussmöglichkeiten Dritter	110
	2.3 Sicherung des Verkäufers über § 21 KO?	111
	2.4 Exkurs: Die Auslegung des § 21 KO	112
	2.4.1 Die hM in Österreich und der BRD	112
	2.4.2 Die Auffassung Bollenbergers	113
	2.4.3 Interpretation der §§ 21, 46 KO	114
	Lösungsvorschlag	117
	2.5 Sicherungsrechtliche Folgen bei vertragswidriger	
	Vorbehaltserklärung	118
	2.6 Zusammenfassung	119
3.	Die vertragskonforme Vorbehaltserklärung	119
VII	. Fazit: Grenzen einer sachenrechtlich wirksamen Vorbehaltserklärung	120

_	pitel 5 r dingliche Vertrag im ABGB	121
A.	Einleitung	121
В.	Die Rezeptionsgeschichte des »dinglichen Vertrags«	
	im ABGB	121
I.	Ein dinglicher Vertrag im ABGB?	121
II.	Die Entstehung eines dinglichen Vertrags im ABGB	122
1.	Die Auffassung der Redaktoren	122
2.	Die Rezeption deutscher Rechtslehren im 19. Jahrhundert	123
3.	Die Gegenbewegung Strohals	124
4.	Die vermittelnde Position Randas	125
5.	Die Unsicherheiten am Beginn des 20. Jahrhunderts	125
6.	Die Herausbildung einer hM	126
III.	Schlussfolgerungen	127
C.	Die Funktionen des dinglichen Vertrags im BGB	128
D.	Die Funktionen des dinglichen Vertrags im ABGB	131
I.	Die rechtsgeschäftliche Funktion im ABGB	130
1.	Notwendige Unterscheidung zwischen Verpflichtung	
	und Verfügung?	130
2.	Das Verhältnis von Verpflichtung und Verfügung	
	im ABGB	131
3.	Ergebnis	132
II.	Die Sicherungsfunktion des gesetzlichen	
	Übergabeerfordnisses	133
1.	Sicherung des Vertragsvollzugs durch den Übergabeakt?	133
2.	Schutzwürdige Interessen der Parteien beim Übergabeakt	134
	2.1 Die schutzwürdigen Interessen des Verkäufers	134
	2.2 Die schutzwürdigen Interessen des Käufers	135
	2.2.1 Der Wechsel von Nichterfüllungs- auf	
	Schlechterfüllungsrecht	125

	2.2.2 Der Annahmevorbehalt als Möglichkeit des Schutzes	
	für den Käufer	137
	2.2.3 Die Bestätigung durch die Gefahrtragungsregel	138
	2.3 Zwischenergebnis	138
3.	Geschäftsfähigkeit und die Zahlungsfunktion der	
•	Übergabe	139
	3.1 Die Übergabe als Zahlung gem §§ 1412 ff	139
	3.2 Die erforderliche Geschäftsfähigkeit auf Seiten	0,5
	des Schuldners	139
	3.2.1 § 1421 S 2 – Mangelnde Fälligkeit oder unsichere	33
	Verbindlichkeit	140
	3.2.2 § 1421 S 1 – Fällige und richtige Verbindlichkeit	141
	3.2.3 Schlussfolgerung	141
	3.3 Die erforderliche Geschäftsfähigkeit auf Seiten	-7-
	des Gläubigers	142
	3.3.1 Der Inhalt des § 1424 S 2	142
	3.3.2 Die für den Eigentumserwerb erforderliche	-4-
	Geschäftsfähigkeit	142
	3.3.3 Schlussfolgerung	144
	3.4 Zusammenfassung	144
4.	Ein Rechtsvergleich – Die Übergabe in Deutschland	144
•	0	• • •
III.	Die Konkretisierungsfunktion des Übergabe-	
	erfordernisses	145
IV.	Schlussfolgerungen für den dinglichen Vertrag im ABGB	147
E.	Die Einigung beim Übergabeakt im ABGB	147
I.	Einleitung	147
II.	8 8 8	148
	Das Zustandekommen der Einigung bei Übergabe	149
IV.	Verhältnis zum Titelgeschäft	149
V.	Folgen für die vertragswidrige Vorbehaltserklärung	151
F.	Lösung des Ausgangsfalls 2	151

Kaj	pitel 6	
Zuı	ausnahmsweisen Wirksamkeit eines einseitig erklärten ETV	153
Α.	Einleitung	153
В.	Der »kurzfristige Eigentumsvorbehalt«	153
υ.	Der Kurzinseige Eigentumsvorseinate	+33
I.	Der Fall des kurzfristigen ETV	153
II.	Die Position F. Bydlinskis	155
III.	Die Auffassung Spielbüchlers	156
IV.	Stellungnahme	157
C.	Die berechtigte Unsicherheitseinrede gem § 1052 Z 2	158
I.	Einleitung	158
II.	Die Unsicherheitseinrede als Schutz des Verkäufers	159
1.	Voraussetzungen der Unsicherheitseinrede (§ 1052 S 2)	159
2.	Der Zweck der Unsicherheitseinrede	160
3.	Rechtsfolgen einer begründeten Unsicherheitseinrede	161
	3.1 Die überwiegende Meinung	161
	3.2 Die jüngere Lehre	162
	3.3 Stellungnahme	164
III.	Geltendmachung der Unsicherheitseinrede?	166
1.	Der Meinungsstand	166
2.	Eigener Lösungsvorschlag	167
	2.1 Die Gestaltungswirkung der Unsicherheitseinrede	167
	2.2 Ausschluss der Verzugsfolgen ohne Einredeerhebung?	169
3.	Zwischenergebnis	170
IV.	Folgen der entfallenen Vorleistungspflicht für die	
	Vorbehaltserklärung	170
1.	Bisherige Stellungnahmen	170
2.	Eigene Ansicht	171
V.	Einzelfragefragen	172
1.	Zugangserfordernis der Vorbehaltserklärung bei	
	Unsicherheitseinrede	172
2.	Gemeinsame Erklärung von Unsicherheitseinrede	
	und FTV?	172

	2.1 Das Verhältnis von Unsicherheitseinrede und	
	Vorbehaltserklärung	173
	2.2 Gemeinsame Abgabe von Vorbehaltserklärung und Unsicherheitseinrede	174
	2.2.1 Der einfache Fall – Erklärungsabgabe gegenüber dem	174
	Vertragspartner	174
	2.2.2 Der Problemfall: Zugang der Unsicherheitseinrede	1/4
	im »Großunternehmen«	174
3.	Die Übergabe als Grenze wirksamer Sicherung	177
J		7.7
	pitel 7 xisfragen – Rechnung, Lieferschein, Bestätigungsschreiben	179
	,,,,,	-13
A.	Einleitung	179
В.	Das (unternehmerische) Bestätigungsschreiben	179
I.	Aufgabenstellung	179
II.	Zum Bestätigungsschreiben	180
1.	Funktion und Bedeutung	180
2.	Der Problemfall – das »abweichende Bestätigungs-	
	schreiben«	181
III.	Das Schweigen auf ein abweichendes Bestätigungs-	
	schreiben	181
1.	Die Lehrmeinung F. Bydlinskis	181
2.	Die Übernahme der Lehre <i>F. Bydlinskis</i> in Österreich	183
IV.	Nachträgliche Forderung eines ETV in einem	
	Bestätigungsschreiben	184
1.	Ausschluss eines ETV in den mündlichen Verhandlungen	184
2.	Fehlende Erörterung des ETV in den Verhandlungen	185
	2.1 Der Fall des AGB-Konflikts	185
	2.2 Der Fall bloßen Schweigens	185
3.	Die länger andauernde Geschäftsverbindung als	
	Sonderfall?	186
	3.1 Problemstellung	186
	3.2 Keine Vertragsänderung trotz Schweigen des Käufers	187

	3.2.1 Die fehlende Schutzwürdigkeit verkehrsgefährdende	
	Verhaltens	18
	3.2.2 Die praktischen Folgen der gegenteiligen Ansicht	188
	3.2.3 Die Interessenlage der Beteiligten	189
	3.3 Zwischenergebnis	19
	3.4 Haftungsumfang bei Verletzung einer Widerspruchs-	
	pflicht	19
	3.5 Ergebnis	19
C.	Die Faktura	19
I.	Aufgabenstellung	19
II.	Zur Faktura	19
1.	Funktion und Bedeutung	19
2.	Eine Besonderheit: § 88 Abs 2 JN	19
3.	Der Problemfall: Das Schweigen auf eine Rechnung mit	_
	ETV-Vermerk	19
	DesCale visus and demonstrately an Declaration and all	
	Das Schweigen auf den erstmaligen Rechnungserhalt Die hM	19
1.	Die hM Die Ansicht von Frotz	19
2.		19
3.	Stellungnahme	19
	3.1 Die ernebliche Beeintrachtigung der Kauferinteressen	19
		4.0
	rechtsgeschäftlichem Kontakt	19
IV.	Abweichungen bei länger dauernder Geschäfts-	
	verbindung	20
1.	Der wiederholte Fakturenerhalt bei fehlender	
	ETV-Vereinbarung	20
	1.1 Problemaufriss	20
	1.2 Die unterschiedlichen Strömungen in der Rsp	20
	1.3 Stellungnahme	20
2.	Die auf einem ETV aufbauende Geschäftsbeziehung	20
	2.1 Problemstellung	20
	2.2 Der Meinungsstand	20
	2.3 Stellungnahme	20
V	Zur Sicherung durch einen ETV-Vermerk auf der Faktura	20